

Wissenschaftskommunikation in Deutschland: Status Quo in den Ländern

PD Dr. Andreas M. Scheu

Forschungsbericht:

Wissenschaftskommunikation in Deutschland: Status Quo in den Ländern

Veröffentlicht im Juli 2024

Projektkoordination: PD Dr. Andreas M. Scheu, Transfer Unit Wissenschaftskommunikation

Projektverantwortliche:

- Teilprojekt “Überblick alle Bundesländer”: PD Dr. Andreas M. Scheu, Lars Reinelt
- Teilprojekt “Vertiefung Bayern”: Dr. Annemarie Wiedicke
- Teilprojekt “Vertiefung Brandenburg”: Vertr. Prof. Dr. Tanja Meier
- Teilprojekt “Vertiefung Sachsen-Anhalt”: Dr. Justus Henke
- Teilprojekt “Vertiefung Nordrhein-Westfalen”: Dr. Charmaine Voigt

Kontakt:

Transfer Unit Wissenschaftskommunikation

PD Dr. habil. Andreas M. Scheu

Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften

Jägerstr. 22/23, 10117 Berlin

andreas.scheu@bbaw.de

Förderung:

Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)

Kapelle-Ufer 1, 10117 Berlin

Cordula Kleidt

Referat Wissenschaftskommunikation; Wissenschaftsjahre

cordula.kleidt@bmbf.bund.de

Inhalt

1	Einleitung.....	4
2	Methodisches Vorgehen	6
2.1	Datengrundlage.....	8
2.2	Limitationen	9
3	Überblick: Gestaltung und Förderung von Wissenschaftskommunikation auf Länderebene	9
3.1	Perspektiven auf Wissenschaftskommunikation	11
3.2	Ziele und Maßnahmen	12
3.3	Unterschiede im Vergleich der Bundesländer	14
4	Vertiefungsstudien.....	17
4.1	Bayern	18
4.2	Brandenburg.....	20
4.3	Nordrhein-Westfalen.....	22
4.4	Sachsen-Anhalt	24
5	Fazit	26
6	Literaur	28

Anhang:

Ergebnisbericht Bayern

Ergebnisbericht Brandenburg

Ergebnisbericht Nordrhein-Westfalen

Ergebnisbericht Sachsen-Anhalt

1 Einleitung

Klimawandel, Lebensmittelsicherheit, globale Gesundheit, demografischer Wandel – das sind Beispiele für sogenannte Megatrends, die laut Europäischer Kommission in Zukunft gestaltet und bearbeitet werden müssen. Dabei spielt wissenschaftliches Wissen und damit zusammenhängend zunehmend auch Wissenschaftskommunikation eine zentrale Rolle: Wissenschaftskommunikation vermittelt verlässliche Informationen und Evidenzen, liefert ein Gegengewicht zu Falsch- und Desinformationen, ermöglicht informierte Entscheidungen in Politik und Gesellschaft und die Teilhabe an demokratischen Prozessen. Im Zuge des medialen Wandels entstehen dabei neue Chancen und Herausforderungen.

Vor diesem Hintergrund haben sich auch in Deutschland die Bemühungen verstärkt, effektive und qualitativ hochwertige Wissenschaftskommunikation zu fördern. Aufgrund von Erfahrungen im Kontext der Pandemie wurden diese Bemühungen jüngst auch nochmals intensiviert. Inzwischen wird eine Fülle ambitionierter Projekte durchgeführt und gefördert. Auf Bundesebene schafft der vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) initiierte Strategieprozess #FactoryWis Komm einen gemeinsamen Rahmen, dient als Austauschplattform, bündelt Perspektiven und schafft Sichtbarkeit.

Auf Ebene der Bundesländer in Deutschland ist die Situation jedoch eher wenig übersichtlich: Die Förderaktivitäten in den Bundesländern haben sich in den letzten Jahren enorm vervielfacht, zugleich werden ganz unterschiedliche normative Ziele und Erwartungen mit diesen Aktivitäten verknüpft und es bestehen zum Teil sehr verschiedene Vorstellungen davon, welche Leistungen Wissenschaftskommunikation erbringen soll. Das erschwert es stark, einen Überblick über Maßnahmen zur Gestaltung und Förderung von Wissenschaftskommunikation zu gewinnen, diese Maßnahmen zu vergleichen und kritisch zu reflektieren. Dieser Eindruck festigte sich durch erste Rechercharbeiten und Bedarfsanalysen der Transfer Unit Wissenschaftskommunikation, ein Verbundprojekt der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften (BBAW) und „Wissenschaft im Dialog“ (WiD), gefördert vom BMBF. Die Transfer Unit unterstützt die Entwicklung der Wissenschaftskommunikation in Deutschland. Sie fördert den Austausch zwischen Praxis und Forschung und analysiert die Rolle von Wissenschaftskommunikation im Kontext von Medien- und sozialem Wandel.

Um eine erste Annäherung zu leisten und das Spektrum der Förderung und Gestaltung von Wissenschaftskommunikation auf Länderebene in Deutschland sichtbar zu machen, hat die Transfer Unit im Austausch mit dem Referat Wissenschaftskommunikation; Wissenschaftsjahre des BMBF das vorliegende explorative Forschungsprojekt entwickelt. Die Studie wird vom BMBF gefördert.

Im Vordergrund steht die Frage, welche Perspektiven zentrale Akteur*innen aus Politik und Förderung in den deutschen Bundesländern auf die Gestaltung und Förderung von Wissenschaftskommunikation einnehmen. Dabei nutzen wir den Begriff Wissenschaftskommunikation sehr breit. Unter Wissenschaftskommunikation verstehen wir im Folgenden die Kommunikation aus der Wissenschaft

heraus, die Kommunikation über Wissenschaft und die Kommunikation innerhalb des Wissenschaftssystems (Bonfadelli et al., 2017; Lüthje, 2017). Wissenschaftskommunikation kann dabei von professionellen Kommunikator*innen (z. B. Journalismus, Öffentlichkeitsarbeit), Akteur*innen aus der Wissenschaft (z. B. Universitätsleitung, Wissenschaftler*in) oder durch wissenschaftliche Lai*innen (z. B. Politik, NGOs, Zivilgesellschaft) betrieben werden. Das Spektrum an Zielen reicht dabei von der Informationsvermittlung und dem Transfer von Innovationen über Austausch und Dialog mit gesellschaftlichen Akteur*innen, bis hin zu Aufklärung, Partizipation und demokratischer Teilhabe. Ausgehend von dieser breiten Ausgangsdefinition fragen wir in der vorliegenden Studie:

- Wie positionieren sich zentrale Akteur*innen (Landespolitik, Parteien, Stiftungen, Akademien, Hochschulen) bezogen auf die Gestaltung und Förderung von Wissenschaftskommunikation in den einzelnen Bundesländern?
- Welche Ziele werden mit diesen Maßnahmen anvisiert?
- Welche Unterschiede bestehen bezogen auf die Entwicklung und Förderung von Wissenschaftskommunikation im Vergleich der Bundesländer?

Um Antworten auf diese Fragen zu liefern, werden in der Studie zwei komplementäre Ansätze verfolgt. Erstens wurde eine Überblicksstudie zur Gestaltung und Förderung von Wissenschaftskommunikation durchgeführt, die alle 16 Bundesländer in den Blick nimmt. Hier wurden 129 online verfügbare Dokumente recherchiert, archiviert und mit Hilfe einer Dokumentenanalyse ausgewertet. Dieser Überblick basiert auf Online-Dokumenten, die von zentralen, vorab aufgrund ihrer Relevanz ausgewählten Akteur*innen zur Verfügung gestellt werden: Akademien, Hochschulen, Landesregierungen, politische Parteien, Stiftungen und Wissenschaftsministerien. Die Überblicksstudie wurde durch Andreas M. Scheu und Lars Reinelt (beide Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, Transfer Unit Wissenschaftskommunikation) durchgeführt. Dieser notwendigerweise grobe Überblick wird, zweitens, durch vier qualitative Fallanalysen vertieft und ergänzt, für die von der Transfer Unit Forschende aus dem Forschungsfeld Wissenschaftskommunikation beauftragt wurden. Die Fallanalysen fokussieren die Bundesländer Bayern (durchgeführt von Dr. Annemarie Wiedicke, zum Zeitpunkt der Analyse LMU München, inzwischen TU Chemnitz), Brandenburg (PD Dr. habil. Tanja Maier, zum Zeitpunkt der Analyse Berlin, inzwischen Vertr. Prof. am Institut für Medienforschung, Universität Rostock), Nordrhein-Westfalen (Dr. Charmaine Voigt, GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften in Köln) und Sachsen-Anhalt (Dr. Justus Henke, Institut für Hochschulforschung an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg). Die Auswahl basiert darauf, dass wir sowohl bezogen auf die geografische Verteilung als auch mit Blick auf Kontextfaktoren wie Infrastruktur und Hochschuldichte möglichst unterschiedliche Länder vertiefend untersuchen wollten. In diesen vertiefenden Fallanalysen wurden weitere Dokumente analysiert und Expert*inneninterviews mit Entscheider*innen aus Politik und Förderinstitutionen geführt.

Im vorliegenden Bericht wird zuerst das methodische Vorgehen der Studie transparent dargestellt (Abschnitt 2). Danach werden die Ergebnisse der Überblicksstudie präsentiert (Abschnitt 3) und Kontextinformationen zur Einordnung der Vertiefungsstudien geliefert. Danach werden die Ergebnisse aus den Vertiefungsstudien kursorisch zusammengefasst (Abschnitt 4). Im Vordergrund steht dabei die vergleichende Interpretation der Ergebnisse mit Blick auf die oben aufgeführten Fragen. Im Fazit (Abschnitt 5) werden auf Basis der vorliegenden Ergebnisse Empfehlungen entwickelt. Im Anhang finden sich die Berichte der Autor*innen der vertiefenden Fallanalysen.

2 Methodisches Vorgehen

Das Design der vorliegenden Studie zielt darauf ab, unter Rückgriff auf überschaubare Ressourcen sowohl einen Überblick aller Bundesländer zu ermöglichen als auch tiefergehende Einblicke zu liefern. Hierzu wurden zwischen Oktober 2022 und Februar 2023 parallel fünf Teilstudien durchgeführt. Diese Studien verfolgen einen gemeinsamen methodischen Ansatz, der qualitative Dokumentenanalysen und qualitative Interviews verbindet. Im Projekt haben sich die Autor*innen der Einzelstudien regelmäßig getroffen und miteinander abgesprochen, um die Vergleichbarkeit der Ergebnisse zu gewährleisten und um die Auswertung der Ergebnisse zum Teil im Team vorzunehmen. Nichtsdestotrotz setzen die einzelnen Teilstudien eigene Schwerpunkte und weichen daher in methodischen Details und der Ergebnispräsentation voneinander ab. So konnte zugleich Vergleichbarkeit hergestellt und den Besonderheiten der fokussierten Bundesländer Rechnung getragen werden.

Die Dokumentenanalysen und Expert*inneninterviews erfolgten kategoriengestützt (Blöbaum et al., 2016). Dabei diente ein gemeinsames Kategoriensystem als Ausgangspunkt (vgl. Abbildung 1).

Abbildung 1: Grundlegende Untersuchungskategorien

- **Akteur*innen:** Was sind relevante Akteur*innen, die an der Förderung und Gestaltung von Wissenschaftskommunikation in Praxis und Forschung beteiligt sind?
- **Förderinstrumente/Maßnahmen:** Welche Maßnahmen und Förderinstrumente werden eingesetzt, um das Praxis- und Forschungsfeld Wissenschaftskommunikation zu gestalten, zu entwickeln, zu fördern?
- **Ziele:** Welche Ziele sollen mit der Gestaltung und Förderung von Wissenschaftskommunikation erreicht werden?
- **Zielgruppen:** Welche Zielgruppen nehmen Akteur*innen bei der Gestaltung und Förderung von Wissenschaftskommunikationen in den Blick?
- **Verständnis von „Wissenschaftskommunikation“:** Welche Perspektiven auf Wissenschaftskommunikation vertreten zentrale Akteur*innen?
- **Perspektiven/Trends:** Was sind Perspektiven und Trends der Gestaltung und Förderung von Wissenschaftskommunikation?

Dieses Kategoriensystem bildet die Grundlage aller weiteren Schritte, die in den Teilstudien unternommen wurden, von den Dokumentenanalysen, über die qualitativen Interviews bis hin zur Auswertung der Daten und Aufbereitung der Ergebnisse (Scheu, 2018). Im Verlauf der Teilstudien wurde dieses Kategoriensystem je nach Bedarf induktiv weiter angepasst, um die recherchierten Dokumente und Interviews der jeweiligen Datenlage und Informationstiefe angemessen auszuwerten und die Ergebnisse differenziert beschreiben zu können (Reichert, 2014).

Auf Basis dieses Kategoriensystems haben wir auch einen gemeinsamen Interviewleitfaden entwickelt, der für die Teilstudien allerdings ebenfalls angepasst und individualisiert wurde. In Expert*inneninterviews geht es weniger um Vergleichbarkeit, sondern darum, das Wissen von Expert*innen zu nutzen. Eine weitere Besonderheit von Expert*inneninterviews besteht darin, dass die Interviewpartner*innen aufgrund ihres Status als Expert*innen sichtbar sind und bewusst ausgewählt werden. Daher ist es bei diesem methodischen Vorgehen üblich, Interviewleitfäden zu individualisieren, an die inhaltlichen Schwerpunkte der Expert*innen anzupassen, vorab recherchierte Informationen in die Interviews einzubinden und zum Beispiel auch biografische Informationen bei der Konstruktion von Leitfragen zu berücksichtigen (Blöbaum et al., 2016).

Diese gemeinsame Grundlage führte auch dazu, dass die Ergebnispräsentationen der Teilstudien zwar ähnliche Schwerpunkte setzen, jedoch unterschiedlich strukturiert sind. Wir haben uns hier bewusst gegen eine vereinheitlichte Strukturierung entschieden. Erstens eröffnen die Ergebnisse der Teilstudien unterschiedliche Blickwinkel und Perspektiven in den einzelnen Bundesländern. Diese Unterschiede werden notwendigerweise auch in der Ergebnisaufbereitung sichtbar. Das qualitative Design der Gesamtstudie erlaubt es den Teilstudien, zweitens, die Besonderheiten des jeweiligen Bundeslandes zu

vertiefen. Dies führt dazu, dass die Teilstudien sowohl für sich selbst stehen als auch im Vergleich zueinander gelesen, in Beziehung zueinander gesetzt und vergleichend diskutiert werden können.

2.1 Datengrundlage

Die vorliegende explorative Studie basiert auf der qualitativen kategoriengestützten Auswertung von Dokumenten und Expert*inneninterviews. Die Datenerhebung erfolgte zwischen Oktober 2022 und Februar 2023.

Die zentrale Überblicksstudie basiert auf der Analyse von 129 Dokumenten. Darunter befinden sich Berichte (z. B. Jahresberichte), Koalitionsverträge, Pressemitteilungen, Richtlinien (z. B. Förderrichtlinien), Strategiepapiere (z. B. Zielvereinbarungen), Selbstbeschreibungen (z. B. Leitbilder) und Wahlprogramme.

Hinzu kommen weitere Dokumente für die vertiefende Analyse der Bundesländer Bayern (47), Brandenburg (43), Nordrhein-Westfalen (38) und Sachsen-Anhalt (55). Darunter sind die jeweiligen Koalitionsvereinbarungen und Hochschulgesetze, Zielvereinbarungen mit Hochschulen, Pressemitteilungen, Satzungen und Selbstbeschreibungen relevanter Organisationen, Wahlprogramme der Parteien, Berichte und weitere Veröffentlichungen.

Tabelle 1: Expert*inneninterviews (N =13)

Bundesland	Interviewpartner*in
Bayern	<ul style="list-style-type: none"> • Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst • Munich Science Communication Lab • Forschungsmuseum • Abteilung für Öffentliche Kommunikation, Universität
Brandenburg	<ul style="list-style-type: none"> • Ministerium für Wissenschaft Forschung und Kultur • Hochschulleitung • proWissen Potsdam e.V.
Nordrhein-Westfalen	<ul style="list-style-type: none"> • Ministerium für Kultur und Wissenschaft NRW • Netzwerk Wissenschaft, Friedrich-Ebert-Stiftung • Wissenschaftsladen Bonn e.V.
Sachsen-Anhalt	<ul style="list-style-type: none"> • Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt • Science2Public e.V. • Team Wissenschaft der Stadt Magdeburg

Darüber hinaus wurden qualitative kategoriengestützte Interviews mit Expert*innen aus den jeweiligen Ländern geführt (vgl. Tabelle 1). Bei der Auswahl der Expert*innen wurde darauf Wert gelegt, Gesprächspartner*innen aus möglichst unterschiedlichen Organisationen mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen in den jeweiligen Bundesländern zu rekrutieren. Die angefragten Organisationen sind in den jeweiligen Bundesländern wichtige Akteur*innen, die die Entwicklung von Wissenschaftskommunikation entscheidend (mit-)gestalten.

Die Interviews wurden wie oben beschrieben leitfadengestützt geführt. Die gemeinsamen Interviewleitfäden wurden für die jeweiligen Gesprächspartner*innen angepasst. Die Interviews wurden meist vor Ort und in einigen Ausnahmen auch online/telefonisch geführt. Die Interviews wurden aufgezeichnet und transkribiert. Die Auswertung der Interviews erfolgte auf Basis der Transkripte.

2.2 Limitationen

Mit dem oben beschriebenen methodischen Vorgehen sind Limitationen verbunden, die bei der Interpretation und Bewertung der Ergebnisse berücksichtigt werden sollten. In dieser Studie haben wir ausschließlich öffentlich zugängliche Dokumente berücksichtigt, die über eine Online-Recherche auffindbar und zugänglich sind. Zudem ist auch die Anzahl der Interviewpartner*innen begrenzt.

Die hier zusammengefassten Befunde erheben daher auch keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Unser Ziel besteht darin, Trends und Entwicklungslinien von Wissenschaftskommunikation in Deutschland auf Ebene der Bundesländer zu explorieren und aufzuzeigen, Dimensionen zu identifizieren, die für zukünftige systematisch-vergleichende Analysen relevant sein können, und damit insgesamt eine Grundlage für die Auseinandersetzungen mit dem Status Quo der Wissenschaftskommunikation und ihrer Entwicklung zu schaffen.

3 Überblick: Gestaltung und Förderung von Wissenschaftskommunikation auf Länderebene

Das Ziel dieses Überblicks ist es, grundsätzliche Schwerpunktsetzungen, Trends und Entwicklungslinien bei der Gestaltung und Entwicklung von Wissenschaftskommunikation in Deutschland zu explorieren und sichtbar zu machen.

Die Ergebnisse unserer Auswertungen deuten darauf hin, dass Akteur*innen in allen Bundesländern die Relevanz der Förderung von Wissenschaftskommunikation anerkennen und stärken. In allen Bundesländern ist das Thema (mehr oder weniger stark) strukturell verankert, vornehmlich in speziellen Referaten in den Landesministerien (vgl. Abbildung 2). Hierbei werden unterschiedlich konnotierte

Begriffe und Konzepte genutzt, die das Themenfeld in oft eigenständigen Referaten in den Landesministerien abbilden. In denjenigen Bundesländern, in denen das nicht der Fall ist (Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Saarland, Thüringen), wird das Thema in unterschiedlichen Referaten aber trotzdem engagiert vorangetrieben. Das zeigt sich zum Beispiel auch dadurch, dass das Thema in Zielvereinbarungen mit Hochschulen, in Hochschulgesetzen (vgl. auch Rössler, 2024), Richtlinien und anderen Dokumenten präsent ist.

Auffällig ist jedoch, dass (oft gleichzeitig) sehr unterschiedliche Konzepte von Wissenschaftskommunikation in den genannten Dokumenten vertreten sind (vgl. auch Schwind, 2023). Auf der einen Seite des Kontinuums finden sich Konzepte von Wissenschaftskommunikation als Wissenstransfer. Hier greift die Vorstellung, dass wissenschaftliches Wissen und Innovationen aus der Wissenschaft heraus in die Gesellschaft und gesellschaftliche Teilbereiche vermittelt werden sollen. Mit Wissenstransfer ist die gezielte Adressierung bestimmter Zielgruppen (z. B. Industrie, Wirtschaft) verbunden, meist mit dem Zweck, wissenschaftliches Wissen für bestimmte Anwendungen fruchtbar zu machen. Im Gegensatz dazu spricht das verwandte Konzept der Wissenschaftskommunikation als gesellschaftliche Aufgabe oft breitere Öffentlichkeiten an ohne dabei unbedingt die Anwendung von Wissen im Blick zu haben (vgl. z. B. Boland et al., 2001; Hayden et al., 2018). Stattdessen werden hier der Dialog und Austausch zwischen Wissenschaft und Gesellschaft betont. Mit Wissenschaftskommunikation sind dann auch oft demokratische Verantwortung sowie Potenziale gesellschaftlicher Teilhabe und Transformation verbunden. Diese Perspektive stellt also insgesamt stärker normative Anforderungen an die Kommunikation aus der Wissenschaft heraus und über die Wissenschaft.

Abbildung 2: Verankerung von Wissenschaftskommunikation in Landesministerien



Anmerkung: Strukturelle Verankerung des Themas Wissenschaftskommunikation in Referaten der Landesministerien. Stand Februar 2023. Eigene Darstellung.

Insgesamt liegt der Fokus der in der Dokumentenanalyse und Befragungen betrachteten Ländern und Akteur*innen eindeutig (noch) auf Wissenschaftskommunikation als Transfer – insbesondere in Form von Technologietransfer und der Implementierung wissenschaftlicher Innovationen. Die gesellschaftlichen Dimensionen von Wissenschaftskommunikation, zum Beispiel als Aufklärung und Ermöglichung gesellschaftlicher und demokratischer Teilhabe werden seltener adressiert. Diese Dimension von Wissenschaftskommunikation scheint aber im Zeitverlauf wichtiger geworden zu sein und wird aktuell ebenfalls in Zielvereinbarungen, Hochschulgesetzen, Richtlinien und anderen Dokumenten verankert, so dass wir davon ausgehen, dass das Verständnis von Wissenschaftskommunikation im Zeitverlauf noch stärker das gesamte Kontinuum in den Blick nehmen wird.

3.1 Perspektiven auf Wissenschaftskommunikation

Grundsätzlich gehen in allen Bundesländern klare Signale von Seiten der Landespolitik und einzelner Parteien aus, Wissenschaftskommunikation zu stärken. Die politischen Akteur*innen betonen die Relevanz von Wissenschaftskommunikation und erkennen in der Stärkung von Wissenschaftskommunikation eine Möglichkeit, die Zukunftsfähigkeit ihrer Standorte zu sichern – vor allem durch Wissens-, Technologie- und Innovationstransfer, d. h. eine Kommunikationsform, die gezielt

bestimmte Zielgruppen in unterschiedlichen Anwendungskontexten (z. B. Industrie, öffentlicher Sektor) zu erreichen versucht (vgl. Boland et al., 2001; Hayden et al., 2018).

Wissenschaftskommunikation erscheint den Akteur*innen hierbei zentral, um die „Krisenfestigkeit“ der Gesellschaft sicherzustellen (z. B. Baden-Württemberg), Herausforderungen der Zukunft zu begegnen (z. B. Berlin), Gesellschaft weiterzuentwickeln (z. B. Brandenburg, Hessen) und insgesamt dem Wohl der Gesellschaft zu dienen (z. B. Bremen).

Wissenschaftskommunikation wird dabei auch als Strategie gesehen, Vertrauen der Bürger*innen zu stärken und zurückzugewinnen (z. B. Hamburg). Hierzu soll unter anderem auch ein „Kulturwandel“ vorangetrieben werden (z. B. Niedersachsen), der vor allem darin bestehen soll, einen wechselseitigen und dialogischen Austausch zwischen Wissenschaft und Gesellschaft normativ zu verankern. Dazu gehört einerseits, dass die Wissenschaft gesellschaftliche Verantwortung übernimmt (z. B. Bayern), und andererseits, dass in der Gesellschaft das Verständnis für wissenschaftliche Arbeitsweisen gesteigert werden soll (z. B. Rheinland-Pfalz).

Wie genau diese Ziele ausgestaltet und welche Strategien hierbei eingesetzt und umgesetzt werden, wird in die Hände von Stiftungen, Akademien, Hochschulen, Museen und andere Akteure gelegt. Vor allem die Hochschulen werden dabei als bedeutende Stellschrauben für die Weiterentwicklung von Wissenschaftskommunikation betrachtet. Hierzu werden insbesondere Zielvereinbarungen genutzt, um das Thema voranzubringen (vgl. auch Rössler, 2024).

3.2 Ziele und Maßnahmen

Unabhängig von den Unterschieden, die weiter unten in den Abschnitten 3.3 und 4 herausgearbeitet werden, überschneiden sich die übergeordneten Ziele und damit verbunden auch die Maßnahmen, die zur Erreichung dieser Ziele identifiziert werden, relativ stark. Im Folgenden sind Ziele und Maßnahmen auf einer übergeordneten Ebene zusammengefasst. Wie diese im Einzelnen ausgestaltet und umgesetzt werden, arbeiten die vertiefenden Fallanalysen zu Bayern, Brandenburg, Nordrhein-Westfalen und Sachsen-Anhalt im Anhang heraus.

Mit Blick auf alle Bundesländer lassen sich vier übergeordnete Ziele zusammenfassen: **Legitimität** schaffen, **Wettbewerbsfähigkeit** steigern, **Kulturwandel** gestalten und Leistungen für das **Gemeinwohl** erbringen. Die Analyse der Dokumente macht insgesamt ein sehr vielfältiges und anspruchsvolles Bündel an Zielen und damit verbunden hohen Erwartungen an Wissenschaftskommunikation sichtbar:

- Mit der Stärkung von Wissenschaftskommunikation soll Transparenz geschaffen und dadurch Legitimation erzeugt werden. In erster Linie soll damit die Bevölkerung angesprochen werden, die Wissenschaft über Steuern finanziert. Durch die Sichtbarkeit von Wissenschaft – vor Ort zum Beispiel im Rahmen lokaler Veranstaltungen, regional beispielsweise mit partizipativen Projekten und überregional zum Beispiel in der Medienberichterstattung – soll auch die

Leistungsfähigkeit von Wissenschaftsakteur*innen vor Ort dokumentiert und Akzeptanz für Ausgaben im Bereich Wissenschaft sowie insgesamt Rückhalt in der Bevölkerung geschaffen werden.

- Wissenschaftskommunikation soll auch die Wettbewerbsfähigkeit lokaler und regionaler Akteur*innen stärken, sowohl von wissenschaftlichen Organisationen (zum Beispiel im Wettbewerb um Studierende oder Forschende) als auch von Akteur*innen in der lokalen und regionalen Wirtschaft und in wissenschaftsnahen Unternehmen, die vom wissenschaftlichen Innovationspotenzial profitieren sollen.
- Ferner werden auch Maßnahmen verfolgt, die einen Kulturwandel im Wissenschaftssystem gestalten sollen. Hierbei geht es um Veränderungen im Wissenschaftssystem selbst, hin dazu, dass Wissenschaftskommunikation als neue und zusätzliche Kernaufgabe akzeptiert und eine Kultur des Austausches mit der Gesellschaft gelebt werden soll (vgl. auch FactoryWisSkomm, 2021).
- Sowohl Dokumentenanalysen als auch unsere Befragungen zeigen zudem, dass Wissenschaftskommunikation aus Sicht der Akteur*innen in den Bundesländern auch die Aufgabe erfüllt, gemeinwohlorientierte Ziele zu realisieren. Hierbei geht es um wissenschaftliche Aufklärung, darum, Falschnachrichten und Desinformationen entgegenzuwirken, demokratische Werte zu stabilisieren und in der Gesellschaft das Bewusstsein und die Bereitschaft für Debatten und Diskurse zu stärken. Hier besteht offenbar die Überzeugung, dass durch die Teilhabe an wissenschaftlichen Debatten insgesamt die Bereitschaft in der Bevölkerung wachsen kann, sich mit Widersprüchen und Gegenargumenten auseinanderzusetzen und Diskurse – auch mit Andersdenkenden – zu führen.

Um diese vielfältigen Ziele zu erreichen, sollen in den Wissenschaftsorganisationen und in der professionellen Wissenschaftskommunikation unterschiedliche Maßnahmen umgesetzt werden. Dazu zählen der Ausbau und die Stärkung bereits etablierter Strukturen. Vor allem sollen die klassische **Presse- und Öffentlichkeitsarbeit** intensiviert, bestehende Kompetenzen evidenzbasiert erweitert und Medientrainings, Weiterbildungs- und Unterstützungsangebote ausgebaut werden. Darüber hinaus setzen die hier analysierten Länder aber auch auf den Einsatz und die Etablierung neuer Strukturen. Auffällig ist die Betonung der Bedeutung **dialogischer, kooperativer und partizipativer Formate** und insbesondere von **Citizen-Science-Projekten**. Hierbei sollen klassische Wissenschaftsorganisationen wie Universitäten und Akademien Treiber der Weiterentwicklung von Wissenschaftskommunikation in Richtung Bürgerbeteiligung und Austausch mit unterschiedlichen Stakeholdergruppen sein. Die Bundesländer schaffen dabei aber auch Räume für Neues in Form sogenannter Modellprojekte, Labs oder Zentren, die als **Intermediäre** agieren und die Kommunikation von Wissenschaftsorganisationen ergänzen können.

Neben der strukturellen Entwicklung setzen die hier untersuchten Länder auch auf **individuelle Anreize**, die Wissenschaftler*innen und Forscher*innen dazu motivieren und befähigen sollen, sich praktisch als Wissenschaftskommunikator*innen zu engagieren (vgl. auch Hendriks et al., 2023). Hierzu werden in den analysierten Dokumenten zum Beispiel Freisemester für Transfer- und Wissenschaftskommunikationsprojekte, Preise und Auszeichnungen genannt, die die Anerkennungen für Leistungen in diesem Bereich erhöhen, Sichtbarkeit gegenüber der Leitungsebene von Wissenschaftsorganisationen erzeugen und so auch die Anreize für und Akzeptanz von Wissenschaftskommunikation innerhalb der Scientific Communities erhöhen sollen.

3.3 Unterschiede im Vergleich der Bundesländer

Im Vergleich der Länder fallen aber auch Unterschiede auf, die im Folgenden zugespitzt zusammengefasst werden. An dieser Stelle soll aber zunächst betont werden, dass die Strategien in den einzelnen Ländern sehr facettenreich und vielfältig sind. Die in diesem Kapitel zusammengefassten Unterschiede müssen vor diesem Hintergrund grob ausfallen und werden den Eigenheiten und Spezifika der einzelnen Länder kaum gerecht. Um einen Eindruck des tatsächlichen Facettenreichtums zu bekommen, können die Fallanalysen für Bayern, Brandenburg, Nordrhein-Westfalen und Sachsen-Anhalt im Anhang dienen.

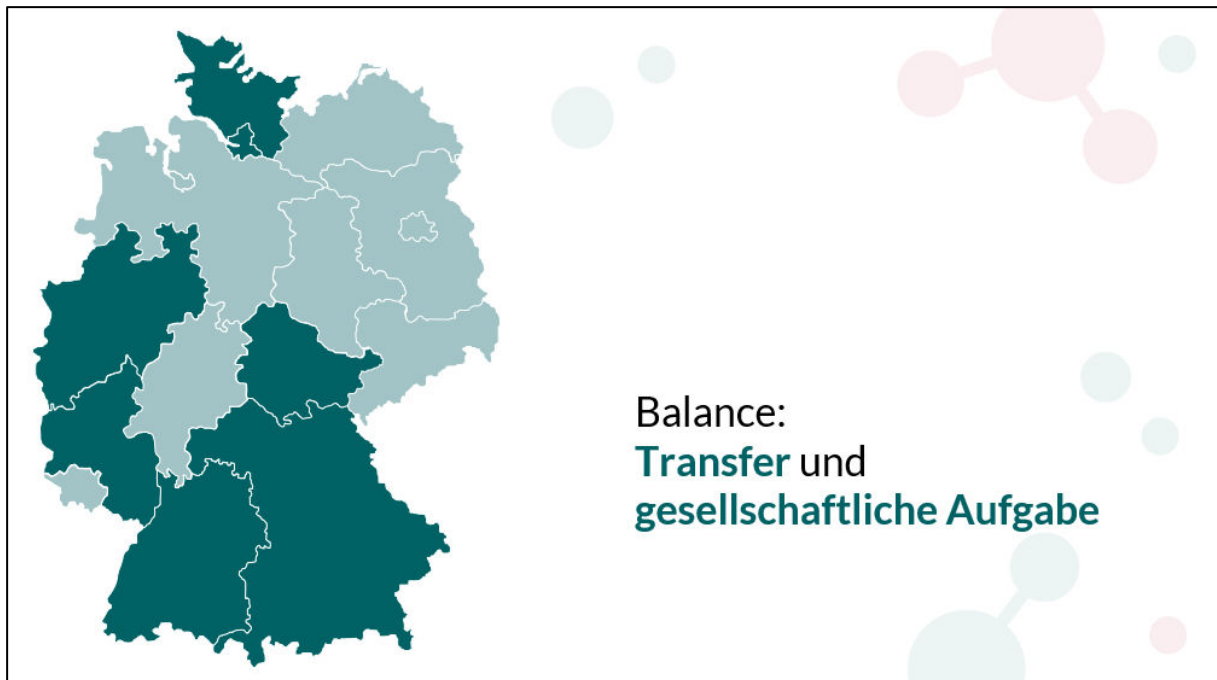
Mit Blick auf die Unterschiede in den Bundesländern fällt vor allem die Begriffsvielfalt auf, mit denen Akteur*innen das Verhältnis von Wissenschaft und Gesellschaft beschreiben. Am prominentesten vertreten sind dabei: Austausch, Dialog, Partizipation, Third Mission, Transfer und Wissenschaftskommunikation. Diese und weitere Begriffe werden teilweise synonym, teilweise aber auch in Abgrenzung zueinander benutzt. Hierbei lassen sich mindestens zwei Bedeutungsdimensionen voneinander unterscheiden.

- Wissenschaftskommunikation als **Technologie-, Innovations- oder Wissenstransfer** adressiert die Relevanz von Wissenschaftskommunikation mit Blick auf die Beziehung von Wissenschaft und Wirtschaft oder Bevölkerung. Wissenschaftlich generiertes Wissen soll für andere Gesellschaftsbereiche nutzbar gemacht und in diesen Bereichen angewendet werden.
- Mit Austausch, Dialog oder Partizipation wird auf der anderen Seite des Kontinuums eine **gesellschaftliche Dimension von Wissenschaftskommunikation** fokussiert. Hier steht die Vernetzung von Wissenschaft, Bürgerschaft und anderen gesellschaftlichen Stakeholdern im Vordergrund. Dabei steht der wechselseitige Austausch im Vordergrund.

Die Strategien der einzelnen Bundesländer lassen sich in diesem Kontinuum einordnen. Abbildung 3 visualisiert diejenigen Bundesländer, die in den analysierten Dokumenten beide oben entwickelten Dimensionen von Wissenschaftskommunikation ausgewogen adressieren. Beide Dimensionen von Wissenschaftskommunikation werden hier eng miteinander verbunden. Einerseits kann die praktische Anwendung von Wissen zur Lösung konkreter Probleme beitragen und Innovationen fördern. Um dies

zu realisieren, soll aber zugleich Verständnis für Wissenschaft befördert, die informierte Teilnahme der Gesellschaft an wissenschaftlichen und technologischen Debatten unterstützt und die Wissenschaft dazu angeregt werden, gesellschaftliche Impulse aufzunehmen und zu bearbeiten.

Abbildung 3: Bundesländer mit Fokus auf Transfer und gesellschaftliche Aufgabe



Anmerkung: Dunkelgrün hervorgehoben sind die Bundesländer Baden-Württemberg, Bayern, Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und Thüringen. Stand Februar 2023. Eigene Darstellung.

Zum Zeitpunkt der Datenerhebung und -auswertung wurde in den Bundesländern Brandenburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Saarland, Sachsen und Sachsen-Anhalt (vgl. Abbildung 4) der Schwerpunkt stärker auf Transfer wissenschaftlichen Wissens in andere Gesellschaftsbereiche gelegt als auf den gleichberechtigten Dialog und Austausch von Wissenschaft und Gesellschaft. Letzterer spielt hier zwar auch eine gewichtige Rolle, jedoch weniger ausgeprägt als in den anderen Bundesländern, die wir im Rahmen der Dokumentenanalyse betrachtet haben. Der Wissenschaft wird hier relativ große Bedeutung für die Erreichung spezifischer Ziele zugesprochen, wozu auch die Stärkung des eigenen Standorts, die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit aber auch die Bereitstellung effizienter Lösungen für zukünftige Probleme und Herausforderungen gehört. Zwar wird Wissenschaftskommunikation auch hier als Teil eines dynamischen gesellschaftlichen Prozesses gesehen, der auf dem gleichberechtigten Austausch von Ideen basiert und langfristig das Potenzial hat, sowohl Wissen als auch gesellschaftliche Werte zu

erweitern. Die Betonung liegt allerdings auf der praktischen Umsetzung wissenschaftlicher Erkenntnisse, um konkrete politische, wirtschaftliche oder gesellschaftliche Herausforderungen zu adressieren.

Abbildung 4: Bundesländer mit Fokus auf Transfer



Anmerkung: Dunkelgrün hervorgehoben sind die Bundesländer Brandenburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Saarland, Sachsen und Sachsen-Anhalt. Stand Februar 2023. Eigene Darstellung.

Auf der anderen Seite des Kontinuums betonen Akteur*innen aus Berlin, Bremen und Niedersachsen bei der Gestaltung und weiteren Entwicklung von Wissenschaftskommunikation die gesellschaftliche Aufgabe, die damit realisiert werden soll (vgl. Abbildung 5). Hier sind Verweise auf Transferleistungen zwar ebenfalls in den Dokumenten enthalten, jedoch deutlich weniger ausgeprägt als in den anderen Bundesländern. Umgekehrt werden Dialog und der multidirektionale Austausch mit der Gesellschaft hervorgehoben, wozu auch gehört, dass Fragen aus Gesellschaft und Kultur in der Wissenschaft aufgegriffen und bearbeitet werden sollen. Wissenschaftskommunikation wird als zusätzliche Kernaufgabe von Wissenschaft betrachtet, die langfristig zum Wohl der Gesellschaft und der Sicherung des demokratischen Diskurses beitragen soll. Wissenschaftliche Akteur*innen – Organisationen und Individuen – sollen diese Aufgabe proaktiv übernehmen. Es sollen auf struktureller Ebene Anreize geschaffen werden, um diese zusätzliche Kernaufgaben im Rahmen eines Kulturwandels im Wissenschaftssystem zu verankern.

Abbildung 5: Fokus auf die gesellschaftliche Aufgabe von Wissenschaftskommunikation



Anmerkung: Dunkelgrün hervorgehoben sind die Bundesländer Berlin, Bremen und Niedersachsen. Stand Februar 2023. Eigene Darstellung.

Die hier angedeuteten Unterschiede werden im nachfolgenden Abschnitt 4 anhand der Fallanalysen vier Bundesländern exemplarisch vertieft.

4 Vertiefungsstudien

Die bundesweite Dokumentenanalyse wird durch vier vertiefende Analysen der Gestaltung und Förderung von Wissenschaftskommunikation in ausgewählten Bundesländern qualifiziert und vertieft. Die Vertiefungsstudien nehmen exemplarisch die Bundesländer Bayern, Brandenburg, Nordrhein-Westfalen und Sachsen-Anhalt in den Blick. Die vollständigen Forschungsberichte der Vertiefungsstudien sind im Anhang enthalten. An dieser Stelle erfolgt eine komprimierte Zusammenfassung der wesentlichen Befunde.

4.1 Bayern

Die Analyse für das Bundesland Bayern führte Dr. Annemarie Wiedicke durch. Zu Zeitpunkt der Analyse war Annemarie Wiedicke an der LMU München tätig, inzwischen arbeitet sie an der TU Chemnitz.

In Bayern hat sich das Verständnis von Wissenschaftskommunikation in den letzten Jahren gewandelt. Der **Fokus auf den Transfer von Wissen zwischen Forschung und Wirtschaft** wurde erweitert um eine **normative Dimension von Wissenschaftskommunikation**, die darauf abzielt Vertrauen zwischen Bevölkerung und Wissenschaft zu stärken. Dabei wird Wissenschaftskommunikation als öffentliche Vermittlung wissenschaftlicher Erkenntnisse betrachtet, auch um Vertrauen zu fördern und Desinformation entgegenzuwirken. Dieser Ansatz wurde insbesondere auch im Kontext der COVID-19-Pandemie wichtiger.

Dieser Wandel spiegelt sich auch in der Kommunikation bzw. den Handlungen der politischen Akteur*innen im Freistaat wider. Politische Akteur*innen zeigen nun ein erhöhtes Interesse an Wissenschaftskommunikation. Das wird beispielsweise in Anträgen im Bayerischen Landtag deutlich. Es gibt Forderungen nach einer **landeseigenen Strategie zur Wissenschaftskommunikation** sowie nach **finanziellen und strukturellen Ressourcen**. Die Landesregierung betrachtet Wissenschaftskommunikation als **Aufgabe der Hochschulen**, um ein wissenschafts- und innovationsfreundliches Klima zu schaffen. Im **Bayerischen Hochschulinnovationsgesetz** ist Wissenschaftskommunikation als Aufgabe der Hochschulen gesetzlich verankert. Dabei setzt Bayern aber nicht auf eine Pflicht zur Kommunikation, sondern auf unterstützende Strukturen.

Die Landesregierung in Bayern förderte zum Zeitpunkt der Datenerhebung Wissenschaftskommunikation nicht direkt durch eigene Programme, sondern unterstützte eine Vielzahl staatlicher oder staatlich geförderter Akteur*innen. An den bayerischen Hochschulen gibt es **Lehrstühle und Studiengänge**, die sich der Wissenschaftskommunikation widmen, sowie Veranstaltungen zur Förderung des **Austauschs zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit** dienen (z. B. Tage der offenen Tür, Lange Nächte der Wissenschaften, Messen und Ringvorlesungen). Vor dem Hintergrund der Erfahrungen während der Corona-Pandemie wurde durch die Bayerische Akademie der Wissenschaften eine Arbeitsgruppe zu Wissenschaftskommunikation gegründet, zudem spielen die Akademie für politische Bildung, Forschungsmuseen oder auch das „Bayerische Synthese-Informationen-Citizen Science Portal“ wichtige Rollen bei der Förderung des Dialogs zwischen Bürger*innen und Wissenschaftler*innen.

Bei der Gestaltung und Weiterentwicklung von Wissenschaftskommunikation in Bayern verfolgt die Landesregierung das primäre Ziel, das Thema Wissenschaftskommunikation strukturell zu verankern. Dieses Ziel soll dadurch erreicht werden, dass gestaltende Akteur*innen (insbesondere die bayerischen Hochschulen) unterstützt und gestärkt werden. Langfristig soll so ein besseres Verständnis für Wissenschaft in der Bevölkerung geschaffen werden.

Eine Besonderheit, die bei der vergleichenden Auswertung der vorliegenden Daten festzustellen ist, besteht darin, dass sich die politischen Vertreter*innen in Bayern der enormen Erwartungen, die aktuell an Wissenschaftskommunikation gestellt werden, bewusst sind. Vor diesem Hintergrund wird die Notwendigkeit eines kritischen Erwartungsmanagements betont – so sollte abgewogen werden, was Wissenschaftskommunikation leisten soll, aber auch leisten kann.

Die Haltung der Landesregierung (insbesondere des Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst) zur Wissenschaftskommunikation wird durch befragte Expert*innen als sehr positiv und konstruktiv beschrieben. Die Verankerung von Wissenschaftskommunikation im Hochschulinnovationsgesetz wird als wichtiger Schritt in eine gute Richtung wahrgenommen. Kritisch betrachtet wird hingegen, die zurückhaltende Positionierung der Landesregierung, die die Verantwortung dafür, Anreize für Wissenschaftskommunikation zu schaffen, bei den Hochschulen, Akademien, Forschungsmuseen und anderen Akteur*innen platziert. Ohne konkretere strukturelle Vorgaben würden einzelne Akteur*innen dieser Verantwortung nicht unbedingt nachkommen. Stattdessen würden einzelne Akteur*innen die Verantwortung schlicht an Forschende weitergeben und Wissenschaftskommunikation als Teil der alltäglichen Arbeit von Wissenschaftler*innen betrachten – wofür dann weder zusätzliche Budgets noch andere Anreize oder gar Unterstützungsangebote entwickelt werden.

Abbildung 6: Zentrale Befunde aus der Vertiefungsstudie zu Bayern

- Wandel des Verständnisses von Wissenschaftskommunikation:
Wissenstransfer wird durch gesellschaftliche Aufgabe ergänzt
- Entwicklung der strukturellen Voraussetzungen:
Gesetzliche Verankerung & Institutionalisierung
- Evaluation und Erwartungsmanagements:
Kontinuierliche Weiterentwicklung
- Digitalisierung, Medialisierung & Technologiewandel:
Dynamik & Herausforderungen für Wissenschaftskommunikation

Trotz der im Bundesvergleich relativ starken Position von Wissenschaftskommunikationsforschung in Bayern wird hier zudem die weitere Institutionalisierung von Forschung zu Wissenschaftskommunikation als zentrale Herausforderung formuliert. Wissenschaftskommunikationsforschung und Wissenschaftskommunikationspraxis werden in Bayern als zwei Seiten einer Medaille verstanden, die gemeinsam weiterentwickelt werden sollen. Hierzu braucht es langfristige Strukturen, zum Beispiel in Form von Dauerstellen für die Daueraufgabe Wissenschaftskommunikation. Solche langfristigen Strukturen sollen regelmäßig evaluiert und evidenzbasiert angepasst werden. Dabei werden aus Sicht

der Akteur*innen in Bayern insbesondere drei Kontextfaktoren ausschlaggebend sein: Technologiewandel, Digitalisierung und Medialisierung.

4.2 Brandenburg

Die Analyse für Brandenburg wurde durch PD Dr. habil. Tanja Maier durchgeführt. Tanja Maier war zum Zeitpunkt der Analyse selbständige Forscherin und Privatdozentin an der FU Berlin, inzwischen vertritt Frau Maier eine Professur am Institut für Medienforschung der Universität Rostock.

In Brandenburg spielt der Wissens- und Technologietransfer eine zentrale Rolle in der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung des Landes. Die Landesregierung, insbesondere durch das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur (MWFK) und das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie (MWAE), hat Maßnahmen implementiert, um diesen Transfer zu stärken. Bereits 2015 startete das MWFK die „Transfer-Offensive Brandenburg“, welche durch Veranstaltungen und Audits an Hochschulen den Austausch zwischen Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft förderte. 2017 wurde die Transferstrategie Brandenburg verabschiedet, die erste ihrer Art in Deutschland, mit dem Ziel, die regionale Entwicklung durch verbesserte Kooperation der Wissenschaftseinrichtungen und eine stärkere Transferkultur zu fördern. 2019 haben die Länder Berlin und Brandenburg eine Gemeinsame Innovationsstrategie der Länder Berlin und Brandenburg (innoBB 2025) verabschiedet, die durch die regionale Innovationsstrategie des Landes Brandenburg (innoBB 2025 plus) um regionale Aspekte und standortspezifische Themen ergänzt wird.

Brandenburg nutzt hierbei einen **erweiterten Transferbegriff**, der einerseits den Transfer von Wissen und Technologie in die wirtschaftliche Anwendung umfasst. Zugleich werden aber auch **gemeinwohlorientierte Ziele** verfolgt, zum Beispiel hinsichtlich der Stärkung ländlicher Regionen und dem Austausch mit der Zivilgesellschaft. Hierbei setzen die Akteur*innen aus Brandenburg auf die Vernetzung unterschiedlicher Akteur*innen – Hochschulen, außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, Akteur*innen aus Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft, Landesministerien und weitere Intermediäre.

Auch in Brandenburg ist der Wissens- und Technologietransfer eine **gesetzlich festgelegte Kernaufgabe** staatlicher Hochschulen und im Brandenburgischen Hochschulgesetz verankert. Dies beinhaltet die Anwendung von Forschungs- und Entwicklungsergebnissen in der Praxis und die Kooperation mit anderen Wissenschaftseinrichtungen und der Wirtschaft. Die Hochschulen sind zentrale Akteur*innen in der regionalen Entwicklung. Die Rahmenvereinbarung 2019–2023 zwischen dem Land und den Hochschulen bekräftigt das Ziel, die Kultur des Wissenstransfers zu stärken und den Beitrag der Hochschulen zur regionalen Entwicklung zu intensivieren. Zusätzlich umfasst das erweiterte Transferverständnis, dass Hochschulen auch Wissen für Politik und Zivilgesellschaft zugänglich machen sollen. Spezifische Transferziele und Aktivitäten werden in Zielvereinbarungen geregelt. Hierbei setzen die Hochschulen jeweils eigene Schwerpunkte und setzen die Landesstrategie in spezifischen Transferprofilen individuell um.

In der Vertiefungsstudie wurden zwei „Leuchtturmprojekte“ in Brandenburg besonders hervorgehoben, die illustrieren können, welche Perspektiven auf Wissenschaftskommunikation hier entwickelt werden um die besonderen Herausforderungen des Landes zu adressieren: Die **Präsenzstellen** und die **Wissenschaftsetage**. In Brandenburg wurden zum Stand der vorliegenden Analyse (Februar 2023) seit 2018 sieben Präsenzstellen an zehn Standorten eingerichtet, um die Wissenschaftskommunikation und den Zugang zu Hochschulen in ländlich geprägten Regionen zu verbessern. Diese Stellen, die von der Landesregierung gefördert und von den Hochschulen gestaltet werden, dienen als Anlaufpunkte für die lokale Bevölkerung und bieten verschiedene Veranstaltungen und Informationsangebote an. Jede Präsenzstelle hat spezifische Schwerpunkte, die von akademischer Ausbildung über Fachkräftesicherung bis hin zu Technologietransfer reichen. Ziel ist es, den Dialog zwischen Hochschulen, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zu fördern und die regionale Entwicklung zu unterstützen. Zusätzlich gibt es in Potsdam die Wissenschaftsetage im Bildungsforum, die als Forschungsfenster der Wissenschaft dient und von dem Verein proWissen e.V. betrieben wird. Diese Einrichtung fördert die Wissenschaftskommunikation und die Vernetzung der Wissenschaft mit Wirtschaft und Gesellschaft in Brandenburg durch eine Dauerausstellung, Wanderausstellungen und verschiedene Veranstaltungen.

Abbildung 7: Zentrale Befunde aus der Vertiefungsstudie zu Brandenburg

- Erweiterter Transfer-Begriff:
Wissenstransfer wird durch gesellschaftliche Aufgabe ergänzt
- Entwicklung der strukturellen Voraussetzungen:
Gesetzliche Verankerung & Transferstrategie
- Leuchtturmprojekte:
Präsenzstellen & Wissenschaftsetage
- Besondere Herausforderung:
Dynamiken in ländlichen Räumen

Die zukünftige Entwicklung von Wissenschaftskommunikation in Brandenburg wird durch ein breites Engagement für die Weiterentwicklung und Verstärkung des Wissenstransfers im Land befördert, mit einem klaren Fokus auf Qualität, gesellschaftliche Relevanz und nachhaltige Strukturen. Als Herausforderungen werden hierbei die differenzierte Ansprache verschiedener Zielgruppen, die Etablierung von Netzwerken, und die Verfügbarkeit von Ressourcen angesprochen. Insbesondere niedrigschwellige und bürgernahe Angebote, Citizen Science Projekte und die Förderung von Open Science werden als Mittel gesehen, um gemeinwohlorientierte Ziele von Wissenschaftskommunikation, beispielsweise bezogen auf die **Stärkung demokratischer Strukturen in ländlichen Gebieten** zu erreichen.

4.3 Nordrhein-Westfalen

Die Analyse für Nordrhein-Westfalen wurde von Dr. Charmaine Voigt durchgeführt. Charmaine Voigt ist Forscherin und Projektkoordinatorin am GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften in Köln.

Nordrhein-Westfalen (NRW) gilt als wissenschaftsstarkes Flächenland. Hinzu kommt, dass in Bonn, der ehemaligen Bundeshauptstadt, viele Einrichtungen angesiedelt sind, die die Wissenschaft prägen (z. B. DFG, DAAD, GWK, Projektträger DLR und Jülich). Darüber hinaus tragen auch die vielfältigen Stiftungen mit Sitz in Bonn zum Status-Quo von Wissenschaftskommunikation bei. Die Gestaltung von Wissenschaftskommunikation im Bundesland geht vor allem von den Landesministerien für Kultur und Wissenschaft (MWK) sowie für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie (MWIKE) aus. Im Vergleich zu den anderen Bundesländern, die hier vertiefend betrachtet wurden, fällt allerdings auf, dass politische Akteur*innen in NRW sowohl in den analysierten Koalitionsverträgen als auch den Parteiprogrammen und Hochschulvereinbarungen relativ vage bleiben und dort nicht bis kaum auf Wissenschaftskommunikation Bezug nehmen. Eher noch wird Wissenschaftstransfer in Form von Ausgründungen oder Start-Ups adressiert.

Drei konkrete Fördermaßnahmen der Landesministerien sind mittels der Dokumentenanalyse aufgefallen:

- Das Netzwerk „**Zukunft durch Innovation Nordrhein-Westfalen**“ (zdi) verleiht einmal im Jahr den Science-Video-Award, der wiederum gemeinsam mit der Universität zu Köln, der Zukunftsstrategie Lehrer*innenbildung, der privaten Initiative LekkerWissen und dem BMBF umgesetzt wird.
- In der **Förderbekanntmachung „Profilbildung 2022“** wurden Zuwendungsberechtigte aus NRW dazu aufgefordert, im Rahmen von Vollanträgen Wissenschaftskommunikationsstrategien zu implementieren.
- Die **regionale Innovationsstrategie des Landes**, die hauptsächlich vom MWIKE getragen und zudem vom MKW unterstützt wird, betont die Relevanz des Wissenstransfers in die Gesellschaft. Dialog- und Kommunikationsmaßnahmen im Rahmen des Transfers sind integraler Bestandteil der Innovationsstrategie.

Insgesamt scheint Wissenschaftskommunikation in NRW vor allem bezogen auf das Konzept des Wissenstransfers verstanden zu werden. Dabei bleiben Formulierungen oft abstrakt und vermeiden es, zu präzisieren, mit welchen konkreten Mitteln und Maßnahmen Wissenschaftskommunikation gestärkt werden soll.

Neben politischen Akteur*innen engagiert sich eine Vielzahl von Akteur*innen für die Entwicklung und Stärkung von Wissenschaftskommunikation in NRW. Dazu gehören gemeinnützige Stiftungen (z. B. Alexander von Humboldt Stiftung, Deutsche Telekom Stiftung, Die Stiftung Wissen der Sparkasse KölnBonn), private Akteur*innen (z. B. Explorado Operations Köln GmbH, Science Media Center), Museen, die Nordrhein-Westfälische Akademie der Wissenschaften und Künste und ganz besonders auch die Hochschulen.

Dabei profitieren die umsetzenden Akteur*innen von den **vagen politischen Vorgaben** und dem damit verbunden breiten Handlungsspielraum. Die wissenschaftlichen Akteur*innen zum Beispiel fördern Wissenschaftskommunikation einerseits und setzen sie andererseits im Zuge von Organisationskommunikation, Wissenschafts-PR und individuellem Engagement vielseitig um. Neben den **Hochschulen** fallen hierbei auch **Forschungsgemeinschaften** und vor allem auch **Sonderforschungsbereiche** und **Exzellenzcluster** auf. Die zum Stand der Studie sechs Exzellenzcluster und zwei Exzellenzuniversitäten in NRW prägen die Gestaltung der Wissenschaftskommunikation im Bundesland. In Strategiepapieren, Profil- und Leitlinien zur Etablierung von Wissenschaftskommunikation bekennen sich diese Akteur*innen zur Stärkung von Wissenschaftskommunikation.

Herausforderungen sehen die Akteur*innen vor allem in fehlenden Anreizen, der disziplinübergreifende Integration von Wissenschaftskommunikation in die wissenschaftliche Ausbildung, der Auseinandersetzung mit Misstrauen und Wissenschaftsskepsis, einem Mangel an langfristigen Strukturen, die die Daueraufgabe Wissenschaftskommunikation strukturell verankern könnten, und die Frage, wie Wissenschaftskommunikation angemessen und sinnvoll evaluiert und evidenzbasiert weiterentwickelt werden kann.

Abbildung 8: Zentrale Befunde aus der Vertiefungsstudie zu Nordrhein-Westfalen

- Fokus auf Wissenstransfer:
Vage inhaltliche Fokussierung und Differenzierung
- Schwache strukturelle Verankerung:
Wissenschaftskommunikation als individuelle Aufgabe, wenig Anreize
- Akteursvielfalt:
Forschende, Wissenschaftsorganisationen, gesellschaftliche Akteur*innen

4.4 Sachsen-Anhalt

*Die Studie für Sachse-Anhalt wurde durch Dr. Justus Henke und unter Mitarbeit von Christiane Maue und Prof. Dr. Peer Pasternack durchgeführt. Die Autor*innen arbeiten am Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg.*

Auf politischer Ebene ist die Wissenschaftskommunikation in Sachsen-Anhalt Teil der **regionalen Innovationsstrategie**, die **Förderung des Wissenschafts- und Technologietransfers** und der „**Third Mission**“ der **Hochschulen**. Die Förderpolitik des Landes ist themen- und formatoffen und konzentriert sich vorrangig auf den **Technologie- und Wissenschaftstransfer**. Obwohl Wissenschaftskommunikation im Rahmen von Förderinitiativen für Forschungs- und Entwicklung erwartet wird, bleibt deren Gestaltung den Fördernehmern überlassen. Generell setzt sich das Land dafür ein, die Bevölkerung besser über wissenschaftliche Möglichkeiten und Potenziale zu informieren und durch Wissenschaftsförderung die regionale Wirtschaft zu stärken. Darüber hinaus engagieren sich im Bundesland **vielfältige Akteur*innen** für Wissenschaftskommunikation. Hervorzuheben sind hierbei Aktivitäten in den **Ballungsräumen Magdeburg und Halle (Saale)**.

Im Bundesland haben alle sieben staatlichen Hochschulen und zwei Universitätsklinika Zielvereinbarungen mit dem Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt abgeschlossen, in denen Wissenschaftskommunikation und der Transfer von Forschungsergebnissen in Wirtschaft und Gesellschaft als strategisch wichtig betont werden. Einige Hochschulen, wie die Hochschule Magdeburg-Stendal und die Hochschule Merseburg, haben spezifische Einrichtungen oder Stellen zur Förderung des Transfers eingerichtet. Zudem ist die Beteiligung der Hochschulen an der Third Mission, die Forschung und wirtschaftliche sowie gesellschaftliche Entwicklung verbindet, ein zentraler Aspekt dieser Vereinbarungen. Die Rektoratsberichte der Hochschulen dokumentieren zudem die konkrete Umsetzung und die Erfolge dieser Maßnahmen.

Zu den Hauptaktivitäten der Hochschulen gehören der Wissens- und Technologietransfer sowie Weiterbildungsangebote, lebenslanges Lernen und gesellschaftliches Engagement. Typischerweise werden Technologie-Transfer-Zentren, Career Center, Kinder- und Seniorenuniversitäten, die Lange Nacht der Wissenschaften und Kooperationen mit lokalen Gymnasien durchgeführt. Die Finanzierung dieser Initiativen erfolgt sowohl aus zeitlich befristeten Mitteln wie dem Hochschulpakt/Zukunftsvertrag Studium und Lehre als auch aus Drittmittelförderungen und Grundhaushaltsmitteln.

Außerdem aktiv im Bereich Wissenschaftskommunikation sind die Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina, Museen, Archive und Stiftungen, ergänzt durch bundesweit tätige Organisationen, die ihre Aktivitäten auch im Land entfalten. Besonders hervorzuheben ist der Verein Science2Public mit langjähriger Erfahrung im Bereich Wissenschaftskommunikation und einer Vielzahl von Projekten. Auch das besondere Engagement der Stadt Magdeburg ist zu erwähnen, die eine eigene Abteilung für Wissenschaftstransfer und -kommunikation in ihrer Verwaltung unterhält. Daneben

fördern einzelne Netzwerke den Austausch und die Kooperation zwischen den kommunizierenden Akteur*innen und dokumentieren Aktivitäten in der Wissenschaftskommunikation. Für einen Überblick über die Vielzahl an Akteur*innen ist auf den Forschungsbericht im Anhang verwiesen.

Auch in Sachsen-Anhalt ist der Trend zu beobachten, dass **Partizipation und Teilhaben** an Bedeutung gewinnen. Dabei besteht die Herausforderung, nachhaltige Strukturen zu schaffen, die Beteiligung ermöglichen und dadurch dazu beitragen können, demokratische Diskurskultur zu befördern. Es wird zudem kritisiert, dass eine landesspezifische Strategie zur Stärkung von Wissenschaftskommunikation entwickelt werden sollte, die auf den Stärken der lokalen Wissenschaft aufbaut – und die Verfügbarkeit von Ressourcen sicherstellt. Vor dem Hintergrund von gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen wie Digitalisierung, Klimaschutz und Nachhaltigkeit erscheint Wissenschaftskommunikation als weiterhin zunehmend relevante Aufgabe für Akteur*innen aus der Wissenschaft aber auch als gestalterische Herausforderung für politische Entscheider*innen. Eine Voraussetzung hierfür wäre die Anerkennung der Wissenschaftskommunikation als eigenständiger Bereich der Wissenschaftspolitik des Landes, die die bestehenden und teilweise überlappenden Bereiche Wissenschaftstransfer, Wissenschaftsmarketing und Third Mission ergänzt oder integriert.

Abbildung 9: Zentrale Befunde aus der Vertiefungsstudie zu Sachsen-Anhalt

- Perspektive auf Wissenschaftskommunikation:
Wissenschaftstransfer, Technologietransfer & Third Mission
- Strategieentwicklung:
Keine dezidierte landesspezifische Strategie
- Akteursvielfalt:
Forschende, Wissenschaftsorganisationen, gesellschaftliche Akteur*innen

5 Fazit

Der Forschungsbericht „Wissenschaftskommunikation in Deutschland: Status Quo in den Ländern“ untersucht die vielfältigen Maßnahmen und Ansätze zur Förderung und Gestaltung von Wissenschaftskommunikation auf Länderebene in Deutschland. Die Studie, gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung und durchgeführt von der Transfer Unit Wissenschaftskommunikation, hebt die Relevanz der Wissenschaftskommunikation hervor, insbesondere in Bezug auf demokratische Teilhabe und den Transfer von wissenschaftlichen Erkenntnissen in die Gesellschaft.

Die Ergebnisse zeigen, dass die Stärkung von Wissenschaftskommunikation in allen Bundesländern verankert, engagiert bearbeitet, jedoch sehr heterogen ausgestaltet wird (vgl. Abschnitt 3). Diese Heterogenität erlaubt es den Ländern auf spezifische Anforderungen vor Ort zu reagieren. Der Vergleich der Vertiefungsstudien (Abschnitt 4) zeigt deutlich, wie unterschiedlich die Anforderungen sind. Um zum Beispiel die Bevölkerung im ländlichen Raum zu adressieren bedarf es anderer Strategien als in urbanen Ballungsräumen. Die Strategie Brandenburgs, mit Präsenzstellen vor Ort ein Gesprächsangebot zu schaffen, ist ein eindrucksvolles Beispiel, wie mit solchen spezifischen Anforderungen konstruktiv und kreativ umgegangen werden kann.

Aufbauend auf den hier zusammengefassten Ergebnissen und den ausführlichen Ergebnisberichten im Anhang gehen wir davon aus, dass die Perspektivenvielfalt im Bereich Wissenschaftskommunikation als Chance betrachtet werden sollte. Wissenstransfer, Technologietransfer, Innovationstransfer, Austausch, Dialog, Beteiligung – hinter diesen und etlichen anderen Begriffen verbergen sich zumeist ähnliche Ziele (vgl. Abschnitt 3.2). Die Schwerpunktverschiebungen, die sich mit den unterschiedlichen Konzepten andeuten, und die unterschiedlichen Strategien und konkreten Maßnahmen, die damit verbunden sind, sollten als komplementär betrachtet werden.

Aufbauend auf dem vorliegenden Bericht sehen wir Potenziale für die einzelnen Bundesländer vor allem in vier Bereichen:

- 1.: Die Stärken der Vielfalt von Wissenschaftskommunikation im Vergleich der Bundesländer können durch Kooperationen weiter ausgebaut werden. **Die Vernetzung zwischen Entscheider*innen in den Ländern kann hierbei hilfreich sein, um sich über bewährte Förderformate und Rahmensetzungen auszutauschen.** So können Erfahrungen geteilt, Synergien genutzt und konkrete Strategien für landesspezifische Herausforderungen entwickelt werden. Hierzu werden Räume, Anlässe und Formate für den konstruktiven Austausch benötigt.
- 2.: Die Stärkung von Wissenschaftskommunikation geht einher mit der Stärkung der Wissenschaftskommunikationsforschung. **Wissenschaftskommunikationsforschung ist ein wichtiger Baustein zur evidenzbasierten Weiterentwicklung und zur Evaluation der Praxis** (Anjos et al., 2021; Gerber et al., 2020; Scheufele, 2022). In diesem Zusammenhang ist die

Entwicklung in Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen hervorzuheben. In diesen Ländern wurden erfolgreich einschlägige Professuren und Studiengänge im Bereich Wissenschaftskommunikation etabliert, wovon auch Praxisprojekte profitieren.

3.: Anschließend an Punkt 2 erscheint der Austausch zwischen Forschung und Praxis im Bereich Wissenschaftskommunikation besonders bedeutsam (Fischer et al., 2024) und sollte in den Wissenschaftskommunikationsstrategien der Länder berücksichtigt werden. Ein solcher **Austausch befördert die evidenzbasierte Weiterentwicklung der Praxis und ebenso die Relevanz und Qualität von Grundlagen- und anwendungsorientierter Forschung im Forschungsfeld Wissenschaftskommunikation.**

4.: Schließlich möchten wir auch darauf hinweisen, dass kurzfristige Projekte keine nachhaltigen Lösungen für langfristige Aufgaben darstellen. Die befragten Akteur*innen weisen eindrücklich auf die Diskrepanz zwischen Zielvorstellungen und den zur Verfügung stehenden Ressourcen hin. **Wissenschaftskommunikation als Daueraufgabe benötigt langfristige Perspektiven und entsprechend planbare Ressourcen.** Die Entwicklung angemessener Strukturen sollte Teil spezifischer Strategien sein.

6 Literatur

- Anjos, S., Russo, P., & Carvalho, A. (2021). Communicating astronomy with the public: Perspectives of an international community of practice. *Journal of Science Communication*, 20(03), A11. <https://doi.org/10.22323/2.20030211>
- Blöbaum, B., Nölleke, D., & Scheu, A. M. (2016). Das Experteninterview in der Kommunikationswissenschaft. In S. Averbek-Lietz & M. Meyen (Hrsg.), *Handbuch nicht standardisierte Methoden in der Kommunikationswissenschaft* (S. 175–190). Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-05723-7_11-1
- Boland, R. J., Singh, J., Salipante, P., Aram, J. D., Fay, S. Y., & Kanawattanachai, P. (2001). Knowledge representations and knowledge transfer. *Academy of Management Journal*, 44(2), 393–417. <https://doi.org/10.2307/3069463>
- Bonfadelli, H., Fähnrich, B., Lüthje, C., & Milde, J. (2017). Das Forschungsfeld Wissenschaftskommunikation. In H. Bonfadelli, B. Fähnrich, C. Lüthje, J. Milde, M. Rhomberg, & M. S. Schäfer (Hrsg.), *Forschungsfeld Wissenschaftskommunikation* (S. 3–14). Springer Fachmedien.
- FactoryWisskomm. (2021). *Handlungsperspektiven für die Wissenschaftskommunikation*. FactoryWisskomm. https://www.bmbf.de/SharedDocs/Publikationen/de/bmbf/1/668936_Wissenschaftskommunikation_in_der_Projektfoerderung.pdf?__blob=publicationFile&v=5
- Fischer, L., Barata, G., Scheu, A. M., & Ziegler, R. (2024). Connecting science communication research and practice: Challenges and ways forward. *Journal of Science Communication*, 23(02). <https://doi.org/10.22323/2.23020501>
- Gerber, A., Broks, P., Gabriel, M., Lorenz, L., Lorke, J., Merten, W., Metcalfe, J., Müller, B., & Warthun, N. (2020). *Science Communication Research: An Empirical Field Analysis*. Edition innovare. https://sciencecomm.science/app/uploads/2020/05/Research_Field_Analysis__Science_Communication__2020__public.pdf
- Hayden, M. C., Petrova, M. K., & Wutti, D. (2018). Direct associations of the terminology of knowledge transfer – Differences between the social sciences and humanities (SSH) and other scientific disciplines. *Trames. Journal of the Humanities and Social Sciences*, 22(3), 239. <https://doi.org/10.3176/tr.2018.3.02>

- Hendriks, F., Banse, L., & Fick, J. (2023). *Wie können Wissenschaftler*innen dazu motiviert und befähigt werden, im Bereich Wissenschaftskommunikation aktiv zu werden? Ein Forschungsüberblick*. Transfer Unit Wissenschaftskommunikation. <https://transferunit.de/thema/wie-koennen-wissenschaftlerinnen-zu-wissenschaftskommunikation-motiviert-und-befaehtigt-werden/>
- Lüthje, C. (2017). Interne informelle Wissenschaftskommunikation. In H. Bonfadelli, B. Fähnrich, C. Lüthje, J. Milde, M. Rhomberg, & M. S. Schäfer (Hrsg.), *Forschungsfeld Wissenschaftskommunikation* (S. 109–124). Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Reichertz, J. (2014). Induction, deduction, abduction. In U. Flick (Hrsg.), *The SAGE handbook of qualitative data analysis* (S. 123–135). SAGE.
- Rössler, I. (2024). *Third Mission Aspekte in den Hochschulgesetzen der Bundesländer*. CHE gemeinnütziges Centrum für Hochschulentwicklung. <https://www.chc.de/download/third-mission-hochschulgesetze/>
- Scheu, A. M. (Hrsg.). (2018). *Auswertung qualitativer Daten. Strategien, Verfahren und Methoden der Interpretation nicht-standardisierter Daten in der Kommunikationswissenschaft*. Springer VS.
- Scheufele, D. A. (2022). Thirty years of science–society interfaces: What’s next? *Public Understanding of Science*, 31(3), 297–304. <https://doi.org/10.1177/09636625221075947>
- Schwind, M. (2023). *Wissenschaftskommunikation – Konzepte und Begriffe. Ein Forschungsüberblick zur Klärung der konzeptionellen und begrifflichen Vielfalt im Bereich Wissenschaftskommunikation*. Transfer Unit Wissenschaftskommunikation. <https://transferunit.de/thema/wissenschaftskommunikation-konzepte-und-begriffe/>